

# „Arbeiten bis zum Umfallen – das dürfen wir nicht zulassen!“

Gewerkschaften machen mobil gegen die Rente mit 67 Jahren – Problem ist nicht alternde Gesellschaft, sondern Massenarbeitslosigkeit

Ladenburg. (stu) Vertreter der Industriergewerkschaft BCE unterstützten die Proskaktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auch in Ladenburg, gegen die Rente mit 67 einzutreten.

Der Ortskartellvorsitzende Bernd Schuhmacher und Alexander Fröhner vom DGB beantworteten am Infostand hinter den Arkaden des Alten Rathauses zahlreiche Fragen zum Thema Rente mit 67. Die Ladenburger konnten sich auch an einem Stimmungstest beteiligen und ihre Meinung per Kreuzchen mitteilen. Auf den meisten Karten, die sie in die Abstimmurne warfen, protestierten sie gegen die Erhöhung des Rentenalters.

Fröhner betonte in den Diskussionen immer wieder, dass fast 600 000 Menschen unter 25 Jahren und 1,2 Millionen Menschen über 50 Jahren keinen Arbeitsplatz fänden. Daher sei es ein „Unding“, dass die Regierung das Rentenalter um drei Jahre heraufsetzen wolle, ergänzte Bernd Schuhmacher, der Betriebsratsvorsitzende eines Ladenburger Chemieunternehmens.

Unterstützt wurde Schuhmacher von Harald Meier und Sebastian Schuhmacher. Scheinargumente – wie die Nichtverlängerung des Altersteilzeitgesetzes –



Der DGB-Ortskartellvorsitzende Bernd Schuhmacher (links) freute sich über die gute Resonanz der DGB-Protestveranstaltung. Foto: Sturm

würden herangezogen, sagen die Gewerkschaftler, doch die Rente werde dadurch nicht sicherer. „Arbeiten bis zum Umfallen, noch mehr Rentenkürzungen, noch weniger Arbeitsplätze für Jüngere – dies

dürfen wir nicht zulassen“, waren sich die Gewerkschaftler einig. Fakt sei, dass die Gesellschaft altert. Doch die Sicherheit des Rentensystems hänge nicht davon ab, wie viel Jüngere es im Verhältnis zu den Älteren gibt.

Entscheidend sei vielmehr, wie viele Beitragszahler auf die Rentenbezieher kommen und vor allem, wie hoch das Einkommen sei, aus dem die Renten finanziert werden. Das Problem sei auch nicht, dass es zu wenig junge Arbeitnehmer gibt. „Das Problem ist die Massenarbeitslosigkeit“, sagte Bernd Schuhma-

cher. Er war erstaunt, wie sich die Politikverdrossenheit auch am Informationsstand bemerkbar machte. Kaum jemand habe noch Vertrauen in die Politik. Die Rente mit 67 bringe höchstens eine Entlastung von fünf Milliarden Euro – was 0,5 Beitragssatzpunkten entspreche. Notwendig sei eine Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt. Die Gewerkschaften wollen dies mit einem flexiblen Renteneintritt bis spätestens 65 Jahren erreichen.

Vier Schwerpunkte sollten eingeführt werden, um den Menschen einen gesicherten Lebensabend zu gewährleisten: ein abschlagsfreier Zugang zur Rente auch vor dem 65. Lebensjahr, unter Voraussetzung, dass der Beitragszahler 40 Versicherungsjahre vorweisen kann.

Die zweite Forderung betrifft das Altersteilzeitgesetz. Der DGB tritt für die Verlängerung oder für eine gleichwertige Nachfolgeregelung ein.

Dann soll der Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtert werden. Unabdingbar sei es auch, alle Erwerbstätigen schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, denn nur so könne die Schieflage des Rentenschiffes beseitigt werden.